Selbstständiger Antrag Die Grünen, SPÖ und NEOS - eingelangt: 23.10.2025 - Zahl: 22.01.129

Selbstständiger Antrag der Abgeordneten Eva Hammerer (Grüne), Manuela Auer (SPÖ) und Katharina Fuchs (NEOS)

Beilage 148/2025

An das Präsidium des Vorarlberger Landtags
Römerstr. 15
6900 Bregenz

Social Media an die Leine nehmen – Schützen wir unsere Kinder und Jugendlichen vor den digitalen Gefahren und setzen wir die Empfehlungen der Expert:innen der Landtagsenquete um!

Selbstständiger Antrag gem. §12 GO

Bregenz, am 23.10.2025

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

Social Media und die neue digitale Welt bringen sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich. Gerade für junge Menschen birgt das Smartphone mit Internetzugang unvorhersehbare Risiken. Sie sind dort vollkommen ungeschützt immensen Gefahren ausgesetzt – vom Cybermobbing über Radikalisierung bis zu Missbrauch.

Aufgrund der Dringlichkeit dieser Thematik hat sich der Vorarlberger Landtag im Rahmen der jährlich stattfindenden Landtagsenquete am 22.10.2025 mit dieser Problematik befasst. Unter dem Thema „Aufwachsen mit Smartphone & Co" wurden Chancen und Herausforderungen der digitalen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen beleuchtet. Als Expert:innen wurden Silke Müller (Digitalisierungsbotschafterin des Landes Niedersachsen und Autorin), Andre Wolf (Mimikama – Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch) sowie Andreas Prenn (Stellenleitung SUPRO) geladen. Bei allen Fachvorträgen wurde deutlich: Es besteht dringender Handlungsbedarf, gerade auch für die Politik.

Die Expert:innen leiteten Handlungsfelder für die Bereiche Politik, Familie, Schule und Gesellschaft ab. Es muss an unterschiedlichen Ebenen angesetzt werden, um junge Menschen in der digitalen Welt zu begleiten und sie vor den Gefahren zu schützen. Es braucht mehr gesellschaftliches Wissen über die Risiken und Gefahren sowie massive Aufklärung, digitale Bildung und Schulung der Medienkompetenz, kontinuierliche Fortbildung von Lehrkräften und klare Regulierungen von Seiten der Politik. Ohne eine breite Bewusstseinskampagne und gesetzliche Schutzmaßnahmen wird es uns nicht gelingen, die Problematik in den Griff zu bekommen.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus der Landtagsenquete sollten dafür genutzt werden, um konkrete politische Handlungen abzuleiten. Nehmen wir Social Media an die Leine und setzen wir rasch die erforderlichen Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche vor den Gefahren in der digitalen Welt zu schützen und ihre digitalen Kompetenzen zu stärken.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß §12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, die Empfehlungen der Expert:innen der Landtagsenquete umzusetzen und folgende Maßnahmen zu setzen:

1. Initiierung einer umfassenden und breiten Bewusstseinskampagne über Risiken und Gefahren der digitalen Welt;

2. Ausarbeitung von Maßnahmen zur wirksamen Vollziehung und Einhaltung des § 14 (1) Vorarlberger Jugendschutzgesetzes;

3. Ausbau eines flächendeckenden Angebotes von Social-Media-Fortbildungen für alle pädagogischen Fachkräfte in Vorarlberg und schrittweise Aufnahme in die verpflichtenden Fortbildungen;

4. Entwicklung eines praxistauglichen Prozederes, um Schulleitungen rasch über aktuelle, gefährliche „Social-Media-Challenges" (Würgewettbewerbe, etc.) zu informieren;

5. Etablierung einer „Social-Media-Sprechstunde" an jeder Schule in Vorarlberg;

Die Vorarlberger Landesregierung wird außerdem aufgefordert, an den Bund heranzutreten, folgende Maßnahmen zu setzen:

1. Ausweitung des Handyverbots an den Schulen bis zur 10.Klasse;

2. Überarbeitung der Lehrpläne, sodass „Digital Literacy Training" an einem fixen Tag pro Woche ab der ersten Klasse unterrichtet wird;

3. Einführung einer Informationspflicht über digitale Gefahren im Zuge der Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen."

LAbg. Eva Hammerer

LAbg. Manuela Auer

LAbg. Katharina Fuchs

Der XXXII. Vorarlberger Landtag hat in seiner 9. Sitzung im Jahr 2025, am 11. Dezember, den Selbstständigen Antrag, Beilage 148/2025, mit den Stimmen der VP- und FPÖ-Fraktion mehrheitlich abgelehnt (dafür: Die Grünen, SPÖ und NEOS).

Hinweis: siehe auch Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 172/2025, und Selbstständiger Antrag, Beilage 150/2025